

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d

Inhalt

Michael Müller MdB und Harald B. Schäfer MdB zum Erfordernis, den Umweltschutz gesamteuropäisch zu gestalten: Ökologische Partnerschaft mit dem Osten. (Teil I)

Seite 1

Dieter Schanz MdB zu einer Aktion des Friedensdorfes Oberhausen für mißgebildete vietnamesische Kinder: Opfern von „Agent Orange“ wird geholfen.

Seite 3

Jürgen Vahlberg MdB zum Versuch Bonn, sich vor seiner humanitären Verpflichtung zu drücken: Die 15 Chilenen aufnehmen.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB zum Erfordernis, die Finanzprobleme dieses Orchesters zur Chef-Sache zu machen: Die Existenz der Philharmonia Hungarica sichern!

Seite 5

Dietmar Zierer MdL zur Überwachung von Kernkraftgegnern durch den bayerischen Verfassungsschutz: Der Preis für die WAA ist der Abbau der Demokratie.

Seite 6

43. Jahrgang / 135

19. Juli 1988

Ökologische Partnerschaft mit dem Osten (Teil I)

Zum Erfordernis, den Umweltschutz gesamteuropäisch zu gestalten

Von Michael Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion und Harald B. Schäfer MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der jüngste Gipfel der Warschauer-Pakt-Staaten in der polnischen Hauptstadt hat deutlich gemacht: Auch in den osteuropäischen Ländern ist inzwischen die Einsicht vorhanden, daß der Schutz von Umwelt und Natur dringend der internationalen Kooperation bedarf. Wie bislang kein anderes Ereignis hat die Reaktorzerstörung von Tschernobyl deutlich gemacht, daß Umweltgefahren nicht an Ländergrenzen halt machen. Wenn die Idee vom gemeinsamen Haus Europa Gestalt annehmen soll, muß der Umweltschutz konzertiert in Angriff genommen werden.

Wie kaum ein anderes Thema ist der internationale Umweltschutz nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance, die Ost-West-Zusammenarbeit in Europa auf eine erweiterte Basis zu stellen. In Osteuropa gibt es ein starkes Interesse an moderner Umweltschutztechnik und insbesondere an Techniken und Verfahren zur Einsparung von Energie. Der Schutz der Umwelt durch die Wiederherstellung stabiler ökologischer Kreisläufe und die umweltverträgliche Umgestaltung der Volkswirtschaften sind Ziele im Interesse ganz Europas und darüber hinaus.

Notwendig hierfür ist eine Konzeption der ökologischen Partnerschaft, die sich angesichts der unzureichenden Umweltpolitik auch in Westeuropa nicht auf die RGW-Länder beschränken darf. Diese ökologische Partnerschaft in Europa ist eine wichtige Grundlage für eine zweite Stufe der Entspannungspolitik, die vor allem ein enges Netz wechselseitiger Beziehungen und Interessenverflechtungen zu knüpfen hat. Ansatzpunkte hierfür können in der Konkretisierung der Vorstellungen vom „gemeinsamen Haus Europa“ und dem „Neuen Denken“ zur Umgestaltung der Gesellschaften liegen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigung
mit vorheriger Erlaubnis
des Verlags



In den letzten Jahren hat die SPD den Begriff und die Konzeption der Sicherheitspartnerschaft entwickelt. Dem gilt es heute ein Konzept der ökologischen Partnerschaft zur Seite zu stellen. Dabei ist davon auszugehen, daß für eine neue Qualität der internationalen Beziehungen genau jene Politikbereiche an Bedeutung gewinnen, die zu einer neuen Qualität gesellschaftlicher Entwicklung führen und dies mit einer neuen Qualität in den nationalen und internationalen kulturellen Beziehungen verbindet. Dagegen werden die militärischen Potentiale als Regelwerk der Ost-West-Beziehungen weiter an Bedeutung verlieren können.

Die ökologische Partnerschaft erfordert vor allem politische Vorarbeiten. Dazu muß auch auf den Ebenen der Parteien und der gesellschaftlichen Gruppen der Boden bereitet werden. Die SPD hat seit einiger Zeit Arbeitsgruppen eingerichtet, die kontinuierlich mit den Parteiorganisationen von CSSR, DDR und UdSSR zu diesem Thema diskutieren und Projekte erarbeiten.

Mit der CSSR besteht eine Arbeitsgruppe, die seit 1985 arbeitet und seit dieser Zeit einen intensiven Meinungsaustausch über ökologische Fragen mit der KPTsch hat. Die Gespräche gehen über konkrete Einzelthemen ebenso wie über Grundsatzfragen (zum Beispiel die Einbeziehung ökonomischer Hebel in die Umweltpolitik) und der praktischen Konzepthilfe in der Information über moderne Technologien und über Finanzierungsmöglichkeiten. Die beiden Organisationen haben kürzlich wieder in der CSSR getagt und sich insbesondere über die neuen umweltschutzpolitischen Maßnahmen in der CSSR informiert, das nächste Treffen soll das Schwerpunktthema Energiesparen und rationelle Energietechniken beinhalten. Außerdem ist die Erarbeitung eines gemeinsam, möglichst mit anderen mitteleuropäischen Parteiorganisationen zu erstellenden Positionspapiers zur ökologischen Partnerschaft in Mitteleuropa geplant.

Mit der DDR besteht eine Arbeitsgruppe SPD/SED seit 1984. Auch in dem Papier von SPD und SED über den Streit der Ideologien ist festgehalten, daß gemeinsame Diskussionen und Programmaussagen zur Umweltpolitik angestrebt werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt für gemeinsame Umweltmaßnahmen ist der hohe Verschmutzungsgrad der Gewässer, insbesondere der Elbe. Besonders mit der DDR gilt es, konkrete Einzelprojekte zu erproben.

Mit der KPdSU besteht eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu Fragen von Ökonomie und Ökologie. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß die UdSSR sehr wohl dem Umweltschutz weitaus größere Aufmerksamkeit schenkt, als dies im Westen zur Kenntnis genommen wird. Auf dem Feld der Energiepolitik wird nach neuen Wegen gesucht, deshalb soll die nächste Gesprächsrunde das Thema Energiepolitik ganz vorne an stellen. Es wurde der Austausch von Grundsatzbeiträgen zu den globalen Umweltproblemen in den Theoriezeitsungen „Kommunist“ und „Neue Gesellschaft“ vereinbart. Die Erarbeitung eines Positionspapiers zur Umweltpolitik in Europa wird debattiert.

Heute gilt es, die konzeptionellen und institutionellen Voraussetzungen für eine neue Phase der Entspannungspolitik zu schaffen. Dafür stehen vor allem gesellschaftspolitische Themen im Vordergrund. Sie müssen konkretisiert werden: Joint ventures, Finanzierungsformen, Technologieberatung, Rohstoffabkommen, et cetera. Dafür ist die Interessenlage in West- und Osteuropa oft gleich.

(-/19.7.1988/rs/ks)

* * *

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

Opfern von „Agent Orange“ wird geholfen

Zu einer Aktion des Friedensdorfes Oberhausen für mißgebildete vietnamesische Kinder

Von Dieter Schanz MdB

Mißbildungen bei Neugeborenen, Tumore, Leber- und Gebärmutterkrebs bei Erwachsenen sind die schrecklichen Spätfolgen jener Entlaubungsaktionen der Amerikaner im Vietnam-Krieg, bei denen sie riesige Mengen des mit Dioxin versetzten „Agent Orange“ versprühten. Etwa zwei Millionen vietnamesische Kinder sind heute davon betroffen. Das heimgesuchte Gebiet wirkt wie eine Mondlandschaft, mit verkarsteten, teils betonharten Böden, die für die Landwirtschaft auf Jahrzehnte verloren sind. Absicht der amerikanischen Luftwaffe war es, den Dschungel zu lichten, um die Truppen- und Nachschubbewegungen des über den Ho-Chi-Minh-Pfad aus Nordvietnam anrückenden Vietcong aus der Luft erkennbar zu machen. Wer damals von dem heimtückischen, lebensfeindlichen „Regen“ betroffen wurde, hat heute noch an den Folgen zu tragen.

Die Aktion Friedensdorf Oberhausen, die sich im Dezember letzten Jahres sowie vor kurzem vor Ort von den verheerenden gesundheitlichen Folgen des „Agent Orange“ informierte, will eine dauerhafte Kooperation mit Vietnam eingehen. In Oberhausen sollen ständig zehn Kinder betreut werden; die ersten sind vor kurzem angekommen. Hier soll versucht werden, ihre Mißbildungen und andere Beschwerden wenigstens so weit zu lindern, daß sie ein annähernd normales Leben führen können. Voraussetzung für die medizinische Behandlung der Kinder in der Bundesrepublik ist jedoch, daß hier ausreichend kostenlose Freiplätze in Kliniken angeboten werden. Danach wird derzeit auch für die erste Gruppe noch intensiv gesucht. Übrigens sollen die Kinder keinesfalls aus ihrer Heimat herausgerissen werden, sondern nach Abschluß der Behandlung wieder zu ihren Eltern zurückkehren.

Ronald Gegenfurter, der Leiter des Friedensdorfes Oberhausen, hat am 22. Juni 1988 in Haiphong den ehemaligen Bremer Fischkutter „Hoah Binh - Frieden“ an eine vietnamesische Jugendorganisation übergeben, die dieses Geschenk der Aktion Friedensdorf und der deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft als Fischereischulschiff einsetzen wird. Der Fischkutter soll einen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Frisch-Fisch leisten. Vietnam ist einmal mehr von einer Hungerkatastrophe bedroht, unter der ganz besonders Mütter und Kinder zu leiden haben. Das Friedensdorf will außerdem Spenden zum Bau einer Station für dioxingeschädigte Kinder im Innenhof der Tu-Du-Frauenklinik von Ho-Chi-Minh-Stadt sammeln. 250.000 bis 280.000 Dollar werden dafür benötigt, die Baupläne sind bereits perfekt. Das Friedensdorf finanziert seinen Jahresetat von 1,5 Millionen Mark voll aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen und muß zumeist von der Hand in den Mund leben.

Es ist ein Politikum ersten Ranges, daß die Vietnamesen die Kinder jetzt ausreisen lassen. Offenbar will sich Vietnam, unter dem Druck der katastrophalen Wirtschaftslage und parallel zu dem beginnenden Truppenabzug aus Kambodscha, vorsichtig aus seiner außenpolitischen Isolierung befreien. Die Bundesregierung sollte sich endlich dazu bequemen, hier unterstützend tätig zu werden. Die Not der Menschen zu lindern sollte Vorrang haben vor politischem Kalkül!

(-/19.7.1988/vo-he/rs)

* * *

Die 15 Chilenen aufnehmen

Zum Versuch Bonns, sich vor seiner humanitären Verpflichtung zu drücken

Von Jürgen Vahlberg MdB

Erneut habe ich an die Bundesregierung appelliert, ihre Bedenken gegen die Einreise von 15 chilenischen Staatsbürgern aufzugeben, die als politische Gefangene in Chile inhaftiert sind. Ich fordere die Bundesregierung auf, gegenüber der chilenischen Regierung ihre sofortige Bereitschaft zur Aufnahme dieser 15 Gefangenen zu erklären.

Den 15 Chilenen werden gewaltsame Widerstandsaktionen gegen die chilenische Militärdiktatur vorgeworfen; die Militär-Staatsanwaltschaft hat für einige von ihnen in verschiedenen Prozessen mehrfach die Todesstrafe gefordert, für andere neben der Todesstrafe langjährige Haftstrafen. Die Gefangenen bestreiten die Beteiligung an den ihnen zur Last gelegten Gewalttaten; sie wurden gefoltert, zum Teil auch ihre Familienangehörigen. Die Anklage beruht auf Berichten der chilenischen Geheimpolizei und auf Geständnissen, die unter Folter erpresst wurden.

Inzwischen ist der Fall Garcia Herrera mit einer Verurteilung zu lebenslänglicher Haft vor dem Militär-Berufungstribunal rechtskräftig abgeschlossen (weitere Verfahren gegen Herrera sind aber noch anhängig). Gegen Jorge Palma Donosa, Carlos Araneda und Hugo Marchant wurde das Verfahren vor dem Militär-Berufungsgericht eröffnet; die Urteile, gegen die es keine weitere Berufungsmöglichkeit gibt, werden für Anfang September erwartet.

Sollte es zu einem (oder mehreren) Todesurteilen kommen, so gibt es keine Begnadigungsmöglichkeit, also auch keine Möglichkeit für eine Ausweisung in ein anderes Land mehr, das sich zu ihrer Aufnahme bereit erklärt. Die übrigen Fälle werden noch in erster Instanz verhandelt.

Die Bundesländer Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben Aufnahmezusagen für diese politischen Häftlinge gegeben. Die Bundesregierung hat es aber trotz dieser Zusagen bisher immer wieder abgelehnt, für sie einzutreten, da sie nach eigenen Angaben keinen Handlungsbedarf sieht.

Ich fordere die Bundesregierung daher auf, ihrer humanitären Verpflichtung nachzukommen und sich umgehend gegenüber der chilenischen Regierung zur Aufnahme der 15 politischen Gefangenen bereit zu erklären. Der Koalitionskrach vor einem Jahr wegen dieser Forderung steckt der Regierung wohl noch so tief in den Knochen, daß sie den Fall am liebsten in der Versenkung verschwinden ließe. Jetzt untätig zu bleiben, heiße aber das Leben der politischen Gefangenen leichtfertig zu riskieren, obwohl man die Möglichkeit zu ihrer Rettung besitzt.

(-/19.7.1988/rs/ks)

Die Existenz der Philharmonia Hungarica sichern!

Zum Erfordernis, das Finanzierungsproblem dieses Orchesters zur Chef-Sache zu machen

Von Horst Niggemeier MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Recklinghausen

„Herr Ministerpräsident, lassen Sie das mit dem Ruhrgebiet. Siedeln Sie die Industrie woanders an. Die Lebensbedingungen im Ruhrgebiet sind so schlecht, daß das Mittelmanagement von Großunternehmen außerhalb dieses Landes sich immer gegen das Ruhrgebiet entscheiden wird.“

Dr. Christoph Zöpel, NW-Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, zitierte auf der Konferenz „Zukunftsinitiative Montanregionen“ (ZIM) am 18. Juli 1987 in Oberhausen einen Industriellen, der Ministerpräsident Dr. h.c. Johannes Rau den oben genannten Ratschlag gegeben hatte.

ZIM - Dieses Kürzel steht für „Zukunftsinitiative Montanregionen“, eine mit vielen Hoffnungen verbundene Aktivität von Bonn und Düsseldorf. In der Chemie- und Kohlestadt im westfälischen Marl droht dieses Kürzel einen anderen Sinn zu bekommen: ZIM - Zoff in Marl. Und dies deshalb, weil das nach dem Ungarn-Aufstand in Marl angesiedelte und international renommierte Orchester „Philharmonia Hungarica“ unter das Fallbeil ministerialbürokratischer Spar- und Fusionspläne in NW zu geraten droht. Es sind nur noch wenige Zentimeter, die das Orchester von seiner Existenzvernichtung trennen.

Die in den Lokalzeitungen des Kreises Recklinghausen seit Wochen seitenfüllende Finanzierungs-story der „Philharmonia Hungarica“ (PH) ist leicht auf den Kern der Kabale zu komprimieren:

Der Bund ist weiterhin bereit, seinen jährlichen Zuschuß zur Deckung der Kosten für das Orchester unter der Voraussetzung zu zahlen (zur Zeit acht Millionen DM), wenn das Land NW und die Stadt Marl sich mit jeweils zehn Prozent daran beteiligen.

Die Stadt Marl hat ihren zehnzehnten Finanzierungsbeitrag bereits beschlossen. Die Kultus-Bürokratie in NW weigert sich jedoch, die seit 1979 (!!) auf 350.000 DM festgeschriebene Zuschußsumme des Landes zu erhöhen. Der Anteil des Landes liegt damit bei knapp fünf Prozent.

Diese Verweigerungshaltung des Landes stößt in Fachkreisen genau so wie vor Ort auf massive Kritik, denn um die Einsparung von einigen hunderttausend Mark zu erreichen, werden unverständlicherweise Konsequenzen in Kauf genommen, die verstandesmäßig nicht zu begreifen sind: Ein international anerkanntes Orchester verschwindet von der Bildfläche, ein erfolgreiches Beispiel richtig verstandener Asyipolitik für politisch Verfolgte wird zerschlagen, auf die Millionenzuschüsse des Bundes wird verzichtet, 90 hochqualifizierte Arbeitsplätze gehen in Marl verloren, und es wird in die gebende Hand der Stadt Marl gespuckt; von einer Fusion mit einem anderen Orchester wird gefaselt, als wenn es sich dabei um eine Rationalisierungsmaßnahme zwischen zwei Industriebetrieben handelt und nicht um Einrichtungen mit jeweils eigener künstlerischer Konzeption und selbst aufgebautem Renommee.

Da kann es nicht überraschen, wenn die Marler Sozialdemokraten (SPD-Stimmenanteil = 52,7 Prozent) dem nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktionschef Prof. Friedhelm Farthmann nach ihren bislang nicht erfolgreichen Bemühungen um eine Problemlösung schreiben, daß sie sich nicht vorstellen können, „daß die Existenz der seit 30 Jahren bestehenden Philharmonia Hungaria in einem Handstrich und ohne Beteiligung der Parlamente beendet wird“.

Wenn da nicht sämtliche Kinder in sämtliche Brunnen fallen sollen, dann kann dem Ministerpräsidenten Johannes Rau nur dringend angeraten werden, das Finanzierungsproblem der Philharmonia Hungarica aus den Fängen der Ministerialbürokratie zu nehmen und es zur Vermeidung politischer und kultureller Schäden unverzüglich zur Chefsache zu machen. Dem gerade aus China zurückgekehrten Regierungschef könnte bei der Lösung des Problems jene chinesische Spruchweisheit von Nutzen sein, in der es heißt: „Gute Dinge sind nicht billig und billige nicht gut.“ Die Philharmonia Hungarica ist ein sehr gutes Orchester; seine Existenzsicherung hilft mit, die Lebensbedingungen im Ruhrgebiet so zu gestalten, daß zum Beispiel dem Mittelmanagement von Großunternehmen die Grundlage seiner vorurteilsbelasteten Kritik gegen das Ruhrgebiet entzogen wird.

(/19.7.1988/vo-he/rs)

Der Preis für die WAA ist der Abbau der Demokratie

Zur Überwachung von Kernkraftgegnern durch den bayerischen Verfassungsschutz

Von Dietmar Zierer MdL
Stellvertretender Landrat des Landkreises Schwandorf

Keine Aussicht auf Einsicht gibt es beim bayerischen Innenminister Lang in der Frage des Umgangs mit den WAA-Gegnern. Zu diesem Schluß komme ich nach Lektüre des Briefes des Ministers, den er auf mein Schreiben zu den Verfassungsschutzaktionen in Bruck und anderswo geschrieben hat. Ich hatte das Innenministerium aufgefordert, nachzuweisen, welche Vorwürfe und Verdachtsmomente gegen die WAA-Gegner vorgelegen haben, deren Daten und auch Fotos sich der Verfassungsschutz in mittlerweile zwei Aktionen in der Gemeindeverwaltung von Bruck und wohl auch in anderen Rathäusern der Oberpfalz besorgt hatte. Es gab und gibt für diese Bespitzelungsaktion weder eine Notwendigkeit noch eine rechtliche Grundlage. Ich fordere deshalb die Staatsregierung auf, die gesammelten Daten über die WAA-Gegner zu vernichten und solche Praktiken einzustellen.

Daran denkt das Innenministerium indes offenbar in keiner Weise. Es orientiert sich, wie der Antwortbrief zeigt, auch nicht in erster Linie an möglichen strafbaren Handlungen, sondern an angeblichen extremistischen Bestrebungen. Wenn man diese Aussagen mit dem Verfassungsschutzbericht in Beziehung bringt, der auf über 30 Seiten versucht, den WAA-Widerstand grundsätzlich und pauschal in die extremistische Ecke zu stellen, bedeuten diese Aussagen im Klartext, daß nach Meinung der Staatsregierung schon das Bekenntnis zu den WAA-Gegnern für Aktivitäten des Verfassungsschutzes ausreicht. Dies paßt auch zu der bislang unbestrittenen Vermutung, daß es eine Generalanweisung der Staatsregierung an alle Dienststellen gibt, alles zu registrieren und zu verfolgen, was geeignet ist, entsprechend dem Willen der Staatsregierung den WAA-Widerstand zu kriminalisieren.

Diese „offene Überwachung der WAA-Gegner“, die die Staatsregierung ungeniert fortsetzen will, ist Teil einer Zermürbungskampagne: Die Spaltversuche werden fortgesetzt. In Sachen WAA ist Recht, was DWK und CSU nützt - ganz gleich, um welchen Preis. Der Preis für die WAA wird immer mehr die Preisgabe der Demokratie.

Schon fast zum Lachen - wenn es nicht so ernst wäre - ist die Aussage des Innenministeriums: „Eine Anweisung, daß in WAA-Angelegenheiten nur das Innenministerium Auskunft geben dürfe, gibt es nicht.“ Denn das Ministerium fährt sofort weiter: „Es gibt aber die gesetzlich festgelegte und für alle Behörden geltende Pflicht zur Amtverschwiegenheit, die auch kommunale Wahlbeamte bindet.“ Der Maulkorb, den das Innenministerium kommunalen Behörden und direkt gewählten Kommunalpolitikern umgehängt hat, ist also grundsätzlicher und nicht spezieller Natur. Im Endeffekt kommt das auf das gleiche heraus. Für mich ist dieser „Maulkorb-Erlaß“, der auch der Grund für das plötzliche Verstummen der anfangs recht kommentierungswilligen Regierung der Oberpfalz gewesen sein dürfte, nicht hinnehmbar.

Überrascht bin ich darüber, daß mein an Innenminister Lang gerichteter Brief nicht von ihm selbst, sondern vom Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Leitender Ministerrat Dr. Schwindel, beantwortet wurde. Ich fürchte allerdings, daß dies nicht darin begründet ist, daß Minister Lang bei sich Ansätze von Unrechtsbewußtsein entdeckt. (-/19.7.1988/rs/ks)

* * *